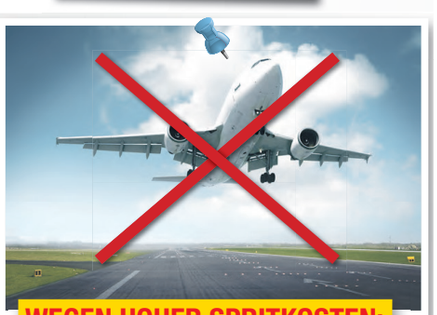
SVP
Klartext
Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

WEGEN UNGENÜGENDER NETZSTABILITÄT:
Nur noch Staubsaugen bei Sonnenschein?

WEGEN STAATLICH VERORDNETER HEIZGRENZE:
Nur noch 18 Grad in unserem Zuhause?



WEGEN HOHER SPRITKOSTEN:
Keine Ferienflüge mehr für Normalverdienende?

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - April 2017

Machen Sie mit!
Jetzt mitmachen und Abstimmungskampf unterstützen!
Seite 16

Die SVP in den Schweizer Medien

Blick

Home News Sport People Ratgeber Life Gesundheit Virtual Reality Auto Video Services

Parteien

SVP will «ruinöses Energiegesetz» verhindern

An ihrer Delegiertenversammlung vom Samstag in Appenzell hat die SVP Schweiz gegen das Energiegesetz mobilisiert und die Nein-Parole beschlossen. Die Zeche für den «unsinnigen» Umbau des bewährten Energieproduktionssystems zahle der Mittelstand.

AARGAUER ZEITUNG

START AARGAU SCHWEIZ AUSLAND WIRTSCHAFT SPORT WISSEN

Jetzt aktuell: Petitio

ENERGIEWENDE

SVP startet Abstimmungskampagne gegen Energiegesetz

sda • Zuletzt aktualisiert am 28.3.2017 um 09:06 Uhr

BZ BERNER ZEITUNG

Front Region Sport Schweiz Ausland Börse Wirtschaft Magazin Panorama Auto Blogs Meh

Bern Emmental Oberaargau Thun Oberland Kanton Bern Bildstrecken

Junge SVP zieht Reitschul-Initiative vor Bundesgericht

Nun ist es offiziell: Die Junge SVP wird sich mit dem Grossratsentscheid nicht zufrieden geben. Sie zieht die für ungültig erklärte Reitschul-Initiative vor Bundesgericht.

Das Wort des Parteipräsidenten

3'200 Franken mehr bezahlen? Nein Danke!

Am 21. Mai stimmen wir über das utopische und unbezahlbare Energiegesetz ab. Immer mehr Unternehmen, Verbände und Privatpersonen schliessen sich uns an. Wir brauchen aber auch von Ihnen allen den vollen Einsatz.

Bei dieser Abstimmung geht es für den Mittelstand schlicht und einfach um seinen hart erarbeiteten Wohlstand. Deshalb ist es so wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger am 21. Mai diesem viel zu teuren Energieumbau mit einem klaren NEIN an der Urne die rote Karte zeigen. Nur so kann der Weg bereitet werden für eine zukunftsfähige, bezahlbare und sichere Energieversorgung für unser Land.

Es ist an uns für die Anliegen der mittelständischen Familien und der kleinen und mittleren Unternehmen einzustehen. Gleichzeitig gehen aber immer mehr Schweizerinnen und Schweizern die Augen auf und unsere Allianz zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung wird rasch grösser: Diverse kantonale Gewerbeverbände, die Baumeister, die Wirte oder die Bäcker und Confiseure sind nur einige Beispiele von KMU-Vertretern, welche uns in unserem Kampf unterstützen.

Trotzdem können wir nur gewinnen, wenn sich alle voll engagieren: Bestellen und verteilen Sie Plakate und Flyer, stellen Sie Ihr Land, Ihre Scheune, Ihre Hausmauer etc. für Plakate zur Verfügung, hängen Sie wo auch immer möglich selber Plakate auf oder schreiben Sie einen Leserbrief! Jeder Beitrag, jede Unterstützung zählt. Den Bestelltalon finden Sie auf der letzten Seite unseres Klartextes.

Wer auch immer sich ernsthaft mit dieser unsäglichen staatlichen Bevormundung und Subventionsmaschinerie des Bundesrates auseinandersetzt, der merkt sofort: Dieses Energiegesetz ist komplett unschweizerisch, weil es unsere Freiheit und unseren Wohlstand aufs Spiel setzt. Es ist jetzt an uns allen, Aufklärungsarbeit zu leisten und uns in den nächsten Wochen mit aller Kraft zu engagieren. Wir brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, auch für unsere Kinder und Enkelkinder. Ich danke Ihnen.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

Bilanz der Frühjahrssession

Die Frühjahrssession 2017 fand vom 27. Februar bis 17. März statt.

Positiv:

Der Bund muss sparen!

Nachdem der Bürger seit Jahren mit steigenden Abgaben und Steuern und Mehrkosten zu kämpfen hat, muss nun auch der Bund seinen Gürtel enger schnallen. Mit dem verabschiedeten Stabilisierungsprogramm werden im Jahr 2018 rund 755 Millionen und im Jahr 2019 rund 820 Millionen CHF gespart. Betroffen ist endlich auch das Bundespersonal, welches bislang stets von Sparmassnahmen verschont blieb.

Mehr Mittel für die eigene Pflege schwerkranker Kinder

Personen, welche ein schwerkrankes oder schwerbehindertes Kind zu Hause pflegen, sollen künftig mehr Geld erhalten. Der monatliche Intensivpflegezuschlag für betroffene Familien wird damit erhöht. Mit der beschlossenen Massnahme, die auf einen SVP-Vorstoss zurückgeht, wird im Endeffekt die Pflege durch die eigene Familie und damit auch das Wohl der Kinder gestärkt.

Positiv/Negativ:

Keine Chance für das KELS!

Der Nationalrat als Erstrat beschloss einstimmig Nichteintreten auf das Klima- und Energielenkungssystem (KELS). Mit diesem wollte der Bund die Kosten der Energiestrategie 2050 von 200 Milliarden Franken mit einer Lenkungsabgabe auf Strom, Heizöl und Benzin finanzieren. Die Ablehnung ist symptomatisch für die heutige Energiepolitik. Einerseits will das Parlament ausser der SVP mit dem Energiegesetz, welches am 21. Mai zur Abstimmung kommt, den totalen Umbau des aktuellen Energiesystems – wenn es aber um die Finanzierung geht, zieht man aus Angst vor dem Volk, den Stecker. Die Mitte-Links-Politik wird damit endlich als das entlarvt, was sie ist:eine riesige Heuchlerei auf Kosten der Bevölkerung und des Werkplatzes Schweiz!

Negativ:

AHV-Leistungsausbau auf Kosten der Jungen

Trotz der finanziellen Schieflage der AHV, die mit der nun abgeschlossenen Altersreform eigentlich hätte beseitigt werden sollen, hat die linke Mehrheit im Parlament beschlossen, die AHV um 70 Franken zu erhöhen. In den Genuss dieser Erhöhung kommen allerdings nur Neurentner. Die heutigen Rentner dürfen aber für diesen Ausbau, der mehr als eine Milliarde Franken jährlich kosten wird, tüchtig mitbezahlen: Die Mehrwertsteuer soll um 0.6 Prozentpunkte erhöht werden. Das macht etwa 2 Milliarden Franken mehr aus. Die Jungen werden nicht nur über diese Mehrwertsteuererhöhung zur Kasse gebeten, sondern auch über eine Erhöhung der Lohnbeiträge.

Weitere Aufblähung des Justizapparats

Mit der Schaffung einer Berufungskammer am Bundesstrafgericht wird der Justizapparat noch weiter ausgebaut. Damit werden die Verfahren noch länger dauern und die Kriminellen noch später - wenn überhaupt - ihrer gerechten Strafe zugeführt.

Musterschüler Schweiz

Keine Finanzierung der Energiestrategie mit der Ablehnung des KELS aber munter weitermachen mit noch mehr Vorgaben und Einschränkungen. So könnte man das beinahe schon schizophrene Verhalten des Nationalrates bezeichnen. Dieser beschloss nämlich als Erstrat mit dem Klimaabkommen von Paris den CO2-Ausstoss der Schweiz bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren. Dieses utopische Reduktionsziel wird die gesamte Bevölkerung und Wirtschaft betreffen. So hat der Bund dafür bereits ein Verbot von Ölheizungen ab 2029 vorgesehen, die Verdreifachung der aktuellen CO2-Abgabe und damit noch mehr finanzielle Belastungen für den Bürger ist ebenfalls in Planung. Die Schweiz soll sich laut Bund damit zum Musterschüler in der weltweiten Klimadebatte aufschwingen zum Schaden der eigenen Bevölkerung…

SVP-Delegierten sagen NEIN zum Energiegesetz

An der Delegiertenversammlung in Appenzell (AI) setzten sich die Delegierten der SVP Schweiz am 25. März vertieft und kontradiktorisch mit dem Energiegesetz auseinander, über das am 21. Mai abgestimmt wird. Die Delegierten haben mit 322 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung die Nein-Parole zu dieser teuren und unnötigen Strategie gefasst. Das Energiegesetz sieht unter anderem eine Halbierung des Energieverbrauchs bis 2035 vor. Diese mehr als nur ehrgeizige Vorgabe soll erreicht werden mit massiven Abgabenerhöhungen auf Strom, Öl, Benzin und Diesel sowie neuen restriktiven und stark bevormundenden Vorschriften.

Das Energiegesetz verlangt, dass der Energieverbrauch bis 2035 um 43% gesenkt werden muss. Das heisst, dass der Verbrauch von Heizöl, Benzin, Diesel, Holz und Gas praktisch halbiert werden muss, derjenige von Strom um 13% reduziert werden soll.

«Unglaublich und unverantwortlich von einer Bundespräsidentin, diese Fakten mit einer Zahl von 40 Franken pro Haushalt derart zu verdrehen und der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Es ist Aufgabe unserer Partei, diesen wahren Milliardenbschiss aufzuzeigen und am 21. Mai ein Nein an der Urne zum Energiegesetz zu erwirken. Jetzt gilt es, machen wir uns an die Arbeit, wir haben es in den Händen!»

Albert Rösti, Parteipräsident

Es ist deshalb völlig logisch, dass solche Ziele – falls überhaupt – nicht ohne schmerzhafte Einschnitte zu erreichen sind. Vorgesehen sind staatliche Umerziehung und Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger, Lenkungsmassnahmen, Verbote und Vorschriften und natürlich ein gewaltiger Griff ins Portemonnaie des Mittelstandes, während die Grossverbraucher gezielt entlastet werden.

"Dieses Gesetz ist das grösste Projekt einer Verstaatlichung, Regulierung und Zentralisierung seit Jahrzehnten. Es ist nun an der SVP, gegen diese Steuern und Abgaben, diese Bürokratisierung, diesen Angriff auf den Wohlstand und die Beschäftigung zu kämpfen. Das Energiegesetz ist im wörtlichen Sinne eine kalte Dusche für die Bevölkerung."

Nationalrätin Céline Amaudruz, Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

Die Delegierten haben mit 322 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung die Nein-Parole zu dieser ruinösen Strategie gefasst.

Energiegesetz – Attacke auf den Mittelstand

Attacke gegen alle Haushalte: Gemäss der bundesrätlichen Botschaft rechnet der Bundesrat selber mit Kosten im Umfang von rund 200 Milliarden Franken bis ins Jahr 2050. Das sind in den nächsten 32 Jahren jährlich Mehrkosten von rund 5 – 7 Milliarden Franken. Heruntergebrochen auf die aktuelle Einwohnerzahl von 8,2 Millionen Einwohnern ergibt das 800.- Franken pro Einwohner, macht 3‘200 Franken für einen vierköpfigen Haushalt.

Attacke gegen alle Büezer: Das neue Energiegesetz wird teureren Strom mit sich bringen (Erhöhung der KEV in einem ersten Schritt von heute 1,5 Rp. pro kWh auf 2,3 Rp. pro kWh, später auf 4,5 Rp. pro kWh), teurere Heizkosten, teureres Benzin und teurere Mietkosten.

Attacke gegen die Unternehmen, KMU und Gewerbe: Höhere Produktionskosten, höhere Energiepreise, zwingende Gebäudesanierungen, neue Produktionsvorschriften, Ersatz bestehender Fahrzeugflotten und Heizungen, Verbot von Ölheizungen.

Attacke gegen die Konsumenten: Was wir heute noch kaum glauben, wird schon bald Tatsache sein. Nämlich Vorschriften, wann wir noch waschen, duschen und staubsaugen dürfen. Gibt es bald Konsumvorschriften und Lenkungsmassnahmen vom Staat? Fleischverbote und Kaffeerationierungen?

Attacke gegen die Autofahrer: Dürfen wir bald nur noch jeden zweiten Tag autofahren? Kostet der Liter Benzin in Zukunft 3 Franken oder wie es Professor Anton Gunzinger, der für die Befürworter durchs Land tingelt, sagt: Er stelle sich vor, dass der Liter Benzin 10 – 12 Franken koste, ab 2018 eine Preiserhöhung um je 1 Franken pro Jahr? Müssen wir umsteigen auf kleinere schwächere Fahrzeuge oder das Velo? Wird das Tempolimit flächendeckend nach unten angepasst?

Attacke gegen die Berggebiete: Vorschriften betreffend Motorisierung von 4x4- Fahrzeugen, massive Verteuerung der Mobilität. Wer auf das Auto angewiesen ist, wird noch mehr zur Milchkuh der Nation! Es hat nicht jeder im Land eine Tramschiene vor dem Haus!

Attacke gegen die Bauern: Ein Bauer braucht den ganzen Tag Energie. Ob zum Melken, ob beim Traktorfahren, ob bei der Heubelüftung oder zum Heizen. Profitieren werden nur wenige, der durchschnittliche Bauer wird die Energiewende selber teuer berappen.

Attacke gegen den Tourismus: Zuerst schützt man in der Schweiz alle möglichen Landschaften und jetzt plötzlich, wenn es um die Energiewende geht, sollen der ländlichen Bevölkerung (auch in geschützten Gebieten) über 1000 neue grosse Windräder zugemutet werden. Dort, wo man Erfahrung mit solchen Anlagen hat, ist ein Grundrauschen zu hören, werden im Winter wegen dem Eisabwurf der Rotorblätter Wanderwege und Langlaufloipen verlegt und es gibt jedes Jahr Tausende tote Vögel, die von den Rotoren zerhackt werden.

DFSK

Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche

CHF 9'950.–*

V21 Werksbrücke
*Preis exkl. 8% MWST, UPE

WWW.DFSK.SWISS

DFSK SWISS FINISH

SVPler profitieren extrem!

Drucker + Multifunktion

Installation, Instruktion und Netzwerk-Integration optional

brother — 2 Jahre Bring-in-Garantie, Onsite anfragen

HL-5100DN	A4-Laser, Mono, 40 S./min. 250+50 Blatt, Netz, Duplex	**99.00** +1,5 Rp./K..
HL-L9200CDWT	A4-Farblaser, 30 S./min. 250+500+50 Blatt, Netz, Duplex, Farb-Touchscreen	**299.00** +6 Rp./K.
MFC-8950DW	A4-Multifunktion mit Fax, 500+50 Blatt, Duplex, wireless	**299.00** +2 Rp./K.

hp — 2 Jahre Bring-in-Garantie, Onsite anfragen

Grossauswahl HP Drucker + Multifunktion, s/w + farbig, A4+A3, alle Toner zu Superpreisen. Anfragen.

lexmark — 1 Jahre Onsite-Garantie, 2-3 Jahre anfragen

C748DE	A4-Farblaser, 33 S./min. 550+100 Blatt, Netz, Duplex	**0.00** +6 Rp./K.
X748DE	A4-Multifunktionr, 33 S./min. 550+100 Blatt, Netz, Duplex	**0.00** +9 Rp./K.

oki* — 3-5 Jahre Onsite-Garantie

MC853dn	**A3**-Multifunktion, 23 S./min. Super Qual. 300+100 Blatt, Netz, Duplex	**2590.00** +1,2/10 Rp./K.
MC873dnv	**A3**-Multifunktion, 35 S./min. Super Qual., 3x550+300+100, Netz, Dup.	**3790.00** +1/9 Rp./K.

***Dazu gratis nach Wahl: iPhone 7 32 GB / iPad Pro 9,7" / Jura E6 Platin Kaffemaschine / Fr. 500.00/600 in bar**

Gratis zu jedem Gerät und Toner ab 500.00;: **1 Multitool-Sackmesser,** 10 Funktionen, mit Etui und Gratis-Gravur

OCoTex AG, Rotkreuz - *info@ocotex.ch* ***041 799 50 00***

dietschi PRINT&DESIGN OLTEN

MEHR ALS EINE DRUCKEREI

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60
4601 Olten
T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

www.peter-schaub.ch

PETER SCHAUB

Ich Fotografiere für Sie
und fange Momente ein,
wo sich Andere kein Bild machen.

079 350 18 51 mail@peter-schaub.ch

Übersetzen, Lektorieren, Redigieren

AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

GOAL GLOSSAR

radikal

radikal
<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung), konsequent; gründlich

Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächengestocher gibt es schon genug...

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Wer die Bauern unterstützen will, der lehnt das Energiegesetz ab

Nicht als Politiker, sondern als einfacher Bauer, der morgens noch mit Gummistiefeln und Mistgabel im Stall steht, engagiere ich mich gegen das neue Energiegesetz. Wir als Bauern bezahlen die höheren Abgaben und Gebühren und werden noch mit neuen Vorschriften geplagt.

von Konrad Langhart, Präsident SVP Zürich und Landwirt

Am Samstag, 25. März bin ich durch das schöne Zürcher Weideland, durch den schönen Thurgau in das schöne Appenzellerland an die Delegiertenversammlung gereist. Es tut mir im Herzen weh, wenn ich mir diese Gegenden im Jahr 2035 vorstelle mit all diesen Windturbinen, die Reihe um Reihe aneinander stehen.

«Wer die Schweizer Landwirtschaft unterstützen will, der muss nicht die Direktzahlungen oder die Subventionen erhöhen, sondern genau solche unsinnigen Gesetze wie dieses Energiegesetz ablehnen. Damit unterstützen Sie die Bauern am besten.»

Bauern brauchen Maschinen

Ich brauche auf meinem Betrieb ungefähr 4'000 Liter Diesel jährlich. Meine Subunternehmer, welche ich ebenfalls für gewisse Arbeiten benötige, brauchen für ihre Geräte ebenfalls Diesel. Das alles wird teurer. Ich brauche Benzin, um das Rindfleisch direkt meinen Kunden zu liefern. Transporte vom und zum Betrieb werden teurer. Strom benötige ich für Licht im Stall, die Tränkebeckenheizung im Winter oder für den Computer, um die gesamte Agrar-Bürokratie zu bewältigen.

Biogasanlagen können keine Kernkraftwerke ersetzen

Vom Bund her heisst es immer: «Ihr Bauern könntet ja Solarenergie produzieren». Diejenigen, die bereits über eine Solaranlage verfügen, dürfen diese natürlich auch behalten, da hat niemand etwas dagegen – da ändert sich auch bei einem Nein zum Energiegesetz nichts. Zu den Biogasanlagen muss ich den grün-roten Träumern noch sagen: Haben Sie schon Mal ausgerechnet, wie viele Biogasanlagen man benötigt um nur ein Kernkraftwerk zu ersetzen? Es wären etwa 40'000 Biogasanlagen. Das entspricht ungefähr der Anzahl der Vollerwerbsbauern in der Schweiz. Jetzt kann man ja sagen: «Ja, das geht ja noch… sollen halt alle Bauern das machen». Aber das heisst dann auch, dass man den Schweinebestand um das Zehnfache erhöhen müsste, den Kuhbestand ebenso. Aber das wollen sie ja auch nicht.

Ein Bauer braucht den ganzen Tag Energie. Ob zum Melken, ob beim Traktorfahren, ob bei der Heubelüftung oder zum Heizen.

Bauernfamilien bezahlen für Energiegesetz

Kurz: Die Landwirtschaft wird leiden unter dieser Energiestrategie. Die Bauernfamilien haben höhere Produktionskosten und neue Auflagen und Gebühren. Da kann ich auch unseren eigenen Verband nicht verstehen, unsere Bauernvertreter, die so etwas unterstützen. Ich überlege mir wirklich, meine Beiträge für den Bauernverband einzusparen und sie in Zukunft für die Behebung der Schäden zu verwenden, die dieses Gesetz verursachen wird.

Halbierung des Energieverbrauchs kostet den Mittelstand Milliarden

Als erste und einzige der grossen Parteien bekennt die SVP Farbe gegen das neue Energiegesetz. Sie wird die einzige der grossen Parteien sein, die dem unverantwortlichen „Milliardenbschiss am Mittelstand“ entgegentritt.

Heute müssen wir demaskieren und endlich Klartext sprechen. Frau Leuthards schöne Augen mögen manchen Mann beeindrucken. Blind machen sollten sie nicht. Die Energiestrategie 2050 von Bundesrat und Parlament ist keine Strategie, sie ist ein Himmelfahrtskommando. Ein Blindflug. Vollkommen verantwortungslos. Unsicher, unsauber, unschweizerisch. Und viel zu teuer.

Ein wahrer Milliardenbschiss

Die Zeche wird nämlich der Mittelstand zu bezahlen haben. Der Büezer, der Bauer, der Gewerbler, der Konsument, der Mieter, der Hausbesitzer, der Autofahrer, der Unternehmer.

Was will die Energiestrategie 2050 eigentlich? 43% weniger Energie sollen wir bis ins Jahr 2035 gegenüber dem Jahr 2000 pro Kopf und Jahr verbrauchen – so steht es wortwörtlich im Gesetz. So etwas kann nur mit staatlicher Umerziehung, Lenkungsmassnahmen, teureren Energiepreisen und neuen Vorschriften erreicht werden. Das heisst massive Mehrkosten und Abgaben für uns alle. Das entspricht einem Energieverbrauch ähnlich dem aus dem Jahre 1966. Wollen wir zurück zu Grossmutters Zeiten?

Doris Leuthard verspricht die Wasserkraft auszubauen. Tatsache ist: Die Wasserkraft in der Schweiz ist wegen massiver staatlicher Subventionen von Wind und Sonne bei unserem nördlichen Nachbar Deutschland massiv unter Druck. Wo, bitte schön, soll in der Schweiz die Wasserkraft noch signifikant ausgebaut werden?

Die Plakate gegen die Energiestrategie 2050, mit dem Slogan «Der wahre Milliarden-Beschiss am Mittelstand - Nein» hängen in Bahnhöfen in der ganzen Schweiz (Hier in Bern).

Energiewende: ein schöner süsser Traum

Doris Leuthard verspricht eine Verzwölffachung bei den neuen erneuerbaren Energien. Das bedingt mindestens 1000 neue grosse Windturbinen. Wo, bitte schön, sollen die neuen Windräder im Tourismusland Schweiz hingestellt werden? Auch können wir nicht auf jedes Hausdach eine Photovoltaik-Anlage bauen. Entscheidend ist doch letztlich, ob diese den Strom dann produzieren, wenn wir ihn benötigen.

Solange die Speicherthematik nicht gelöst ist, der Strom nicht vom Sommer in den Winter transferiert werden kann und die Wasserkraft wegen der massiven Subventionierung erneuerbaren Energien dermassen unter Druck ist, solange wird die Energiewende ein schöner süsser Traum von Bundesrätin Leuthard bleiben.

Wir bauen nicht auf Träumereien. Wir wollen an der bewährten schweizerischen Energieversorgung festhalten. Sicher, kostengünstig und zuverlässig. Darum: Nein zum neuen Energiegesetz!

von Nationalrat Toni Brunner, Ebnat-Kappel (SG)

NEIN zu jährlich 3’200 Franken höheren Kosten und Steuern für einen vierköpfigen Haushalt

NEIN zur staatlich verordneten Halbierung des Energieverbrauchs

NEIN zur Gefährdung der Versorgungssicherheit in der Schweiz

NEIN zum Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand

NEIN zur Landschaftsverschandelung durch Tausend neue Windräder, die nur zu gewissen Zeiten einen kleinen Beitrag zur sicheren Stromversorgung leisten

NEIN zu einem System, bei dem nur wenige auf Kosten vieler profitieren

NEIN zu mehr Kosten und weniger Komfort

NEIN zu neuen Vorschriften und Verboten

IMPRESSUM
SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55‘000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, wikipédia, SVP Schweiz, Peter Schaub, Goal AG.

Die AHV willentlich in den Ruin treiben

Mit der Revision der Altersvorsorge sollten im Wesentlichen drei Ziele erreicht werden: 1. Der Erhalt des Rentenniveaus. 2. Die Sicherung des finanziellen Gleichgewichts der AHV und der beruflichen Vorsorge. 3. Die Anpassung der Altersvorsorge an die gesellschaftliche Entwicklung. Nachdem die beiden Räte die Vorlage nun verabschiedet haben, kann man nur eines feststellen: Diese Ziele wurden allesamt bei weitem verfehlt.

von Nationalrat Sebastian Frehner, Basel (BS)

Die Renten konnten zwar mehrheitlich auf dem bisherigen Niveau gehalten werden. Einerseits gibt es tatsächlich nur ganz wenige Rentenbezüger, die geringfügige Renteneinbussen erleiden. Andererseits findet ein massiver Rentenausbau statt. Durch die Erhöhung der AHV-Rente um 70 Franken und des Ehepaarplafonds auf 155 Prozent bekommen alle Neurentner eine höhere Rente. Das wird jährlich über eine Milliarde zusätzlich kosten. Damit wird die AHV noch schneller in den Ruin getrieben.

Von der AHV-Erhöhung profitieren aber nur in den wenigsten Fällen jene, die wegen der (zu begrüssenden) Senkung des Umwandlungssatzes von 6.8 auf 6 Prozent eine tiefere BVG-Rente haben werden und deshalb eine Kompensation brauchen: Es erhalten auch alle Personen eine höhere Rente, die gar keine zweite Säule haben (darunter viele Millionäre) und deshalb von einem tieferen Umwandlungssatz überhaupt nicht betroffen sind. Das gleiche gilt für die sogenannte Übergangsgeneration (alle Personen über 45), die sowieso keine Renteneinbussen erleiden wird. Dagegen werden Ergänzungsleistungsbezüger, die mehr Rente am nötigsten hätten, von der Erhöhung nicht profitieren, weil die Ergänzungsleistungen einfach entsprechend gekürzt werden. Diese Verteilung mit der Giesskanne an alle gilt es daher zu verhindern. Das Gesetz greift zudem unser bewährtes Drei-Säulen-Modell von AHV, beruflicher Vorsorge und 3. Säule an, indem es die AHV stärkt und die zweite Säule schwächt.

Gemäss Aussagen des Bundesrats wird die AHV – trotz Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 sowie Erhöhung der MWST um 0.6 und der Lohnbeiträge um 0.3 Prozentpunkte – bereits im Jahr 2027 wieder ein jährliches Minus von 1 Milliarde Franken einfahren. Im Jahr 2035 sind es 7 Milliarden und 2045 12 Milliarden Franken pro Jahr. Dies ist gegenüber kommenden Generationen nicht zu verantworten. Eine zukünftige Sanierung kann nur noch

Anstelle einer finanziellen Sicherung der AHV wurden die Ausgaben für die AHV weiter ausgebaut. Deshalb muss die Revision der Altersvorsorge an der Abstimmung vom 24. September 2017 abgelehnt werden.

durch eine massive Erhöhung der MWST vollzogen werden.

Gesellschaftlicher Wandel wird nicht berücksichtigt

Auch das Ziel der Anpassung der Altersvorsorge an die gesellschaftliche Entwicklung wurde nicht erreicht: Immer mehr Leute in unserem Land arbeiten Teilzeit oder sind bei verschiedenen Arbeitgebern angestellt. Der Nationalrat wollte deshalb das Gesetz so ändern, dass auch diese Personen zukünftig eine genügend grosse Rente der zweiten Säule erhalten. Die nun angenommene Vorlage nimmt darauf nur ungenügend Rücksicht.

Die SVP muss eine solche Reform ablehnen

Aus Sicht der SVP muss dieses Gesetz an der Abstimmung vom 24. September 2017 abgelehnt werden. Anstatt zu einer AHV-Sanierung kam es zu einem AHV-Ausbau. Dies treibt die AHV in eine Schuldenfalle, deren negative Auswirkungen die kommenden Generationen zu tragen hätten. Die Rentenerhöhung kommt zudem nur in Einzelfällen jenen Personen zugute, die sie brauchen. Und die Vorlage bringt auch keine Antworten auf die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse. Sagen Sie deshalb NEIN am 24. September!

«AHV sichern! - Nicht mit der Giesskanne und auf Kosten der jetzigen Rentner und nächster Generationen verteilen. Deshalb NEIN zur gescheiterten AHV2020.»

Nationalrätin Verena Herzog (TG)

DER NEUE DISCOVERY

WEIL NUR 0.021347% DER ERDOBERFLÄCHE ASPHALTIERT SIND.

LAND ROVER

ABOVE & BEYOND

RAFFINIERT VIELFÄLTIG WIE NIE ZUVOR.

FREE SERVICE
4 Jahre/100'000 km

Der neue Discovery ist für praktisch jede Fahrsituation ausgestattet. Ist das Terrain Response 2®-System aktiviert, passt es die Kraftübertragung, die Aufhängung und die Antriebseinstellung automatisch den Gegebenheiten an. So können Sie optimale Leistung geniessen, egal, wie anspruchsvoll die Fahrbedingungen sind.

Jetzt Probe fahren.

landrover.ch

Free Service: 4 Jahre oder 100'000 km. Es gilt das zuerst Erreichte.

Unsere Werte verteidigen!

Im März 2016 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» lanciert – die bis anhin für einigen Wirbel gesorgt hat. Wir bitten Sie: Helfen Sie uns, im Endspurt die jetzt noch fehlenden Unterschriften rasch beizubringen. Noch fehlt rund ein Drittel der benötigten 100‘000 Unterschriften.

Die Initiative strebt ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum an. Die vorgesehenen Ausnahmen sind dabei klar formuliert. Sie umfassen ausschliesslich Gründe der Gesundheit, der Sicherheit, der klimatischen Bedingungen und des einheimischen Brauchtums. Die Erfahrungen des Kantons Tessin, wo ein solches Verbot seit Juli 2016 in Kraft ist, sind durchwegs positiv. Die arabischen Touristen halten sich an das Gesetz und der Tourismus hat sogar Aufwind erfahren.

Kein freier Mensch verhüllt sein Gesicht

In aufgeklärten europäischen Staaten wie der Schweiz gehört es zu den zentralen, unveräusserbaren Grundwerten des Zusammenlebens, sein Gesicht zu zeigen. Freie Menschen blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Kein freier Mensch verhüllt sein Gesicht. Niemand darf in der Schweiz gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen.

Ich sage aber auch: Wehret den Anfängen! Wir wollen in unserem Land keine Islamisierung und Parallelgesellschaften à la Marseille oder Malmö. Dort prägen heute Burkatragende Frauen das öffentliche Bild – weil es in der Vergangenheit verpasst wurde, gegenüber Islamisten frühzeitig klare Grenzen zu setzen.

Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen, Frauen und Männer, blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Kein freier Mensch verhüllt sein Gesicht.

Die Tradition der Freiheit

Die Initiative trifft den Nerv der Zeit. In einigen europäischen und sogar auch muslimischen Staaten herrscht bereits ein Verhüllungsverbot, in vielen anderen wird darüber diskutiert. Denn spätestens seit der IS-Terror wütet, wissen wir: Für Terroristen gibt es keine Grenzen. Also darf niemandem in der Schweiz zugemutet werden, irgendwo Personen in Ganz-Verhüllung zu begegnen, von denen er nicht feststellen kann, ob sie Mann oder Frau, harmlos oder gewalttätig, bewaffnet oder unbewaffnet sind.

Auch Chaoten betroffen

Aber auch die immer militanter agierende linksextreme Szene gefährdet die öffentliche Ordnung aktiv, indem sie systematisch – verborgen in vermummter Kleidung – Andersdenkende terrorisiert oder fremdes Eigentum demoliert. Gerade weil in der «Chaoten-Hochburg» Bern ein politisches Klima vorherrscht, das die Linksextremisten noch immer mit Samthandschuhen anfasst und die pflichtbewusste Polizei im Regen stehen lässt, braucht es nun ein landesweit gültiges Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum. Wenn links-grüne Mehrheiten der Polizei schon nicht genügend Rückhalt geben, braucht es umso dringender eine gesamtschweizerische Lösung, um gegen vermummt randalierende Linksfaschisten konsequent vorzugehen.

von Nationalrat Walter Wobmann, Gretzenbach (SO)

Jetzt unterschreiben!

Unterschriftenbogen liegt bei.

Kurzinterview mit Erich **Hess**

Wie alt warst du, als du angefangen hast zu politisieren?
Ich habe mich schon in der Schulzeit für die Politik interessiert. Die SVP engagierte sich schon damals als einzige Partei gegen den EU-Beitritt der Schweiz und für tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben. Mit 16 Jahren bin ich dann der Jungen SVP und der SVP beigetreten.

Was sind deine Grundsätze, sowohl privat wie auch politisch?
Für eine Sache immer 100% geben und nicht locker lassen.

Du arbeitest neben deinem Nationalratsmandat und deinem Stadtratsmandat in der Stadt Bern als LKW-Fahrer. Findest du dabei noch Zeit für irgendwelche Hobbies?
Ich versuche, meine Tätigkeiten so zu organisieren, dass ich zwischendurch Zeit für meine Hobbies finde. So gehe ich dann gerne Ski fahren, Töff fahren oder spiele eine Runde Golf.

Bis kurz nach deiner Wahl in den Nationalrat warst du auch noch Grossrat des Kantons Bern. Wo gibt es deiner Ansicht nach Parallelen und Unterschiede zwischen nationaler, kantonaler und kommunaler Politik?
Auf allen drei Ebenen wird leider viel zu viel Geld zum Fenster rausgeworfen. Ich sehe daher sowohl in der Stadt Bern, im Kanton als auch schweizweit grosse Sparpotenziale, damit wir danach Steuern, Gebühren und Abgaben senken können.

Zur Person Erich Hess

- **Zivilstand:** ledig
- **Beruf:** Lastwagenführer und Unternehmer
- **Mandate:** Nationalrat, Stadtrat von Bern
- **Anderes:** Präsident Junge SVP Kanton Bern, Vizepräsident SVP Stadt Bern

Du warst eine der prägenden Figuren der Jungen SVP. Was war deine treibende Kraft und was würdest du anderen jungen, politisch interessierten Menschen mit auf den Weg geben?
Wenn dich ein Missstand stört, muss er behoben werden! Wichtig ist, dass man dran bleibt und nicht vorschnell aufgibt. Das braucht Ausdauer, aber lohnt sich am Ende.

Was war bisher deine schlechteste Erfahrung, die du in deiner politischen Laufbahn machen musstest?
Gerade aktuell der unverständliche Entscheid des Grossen Rates mit der Ungültigkeitserklärung der Reithallen-Initiative. Aber das ist gleichzeitig auch Ansporn, weiter am Ball zu bleiben und dagegen anzukämpfen.

Und die beste?
Politisch ist es das Ja der Bernerinnen und Berner zu meiner Initiative „Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern“, welche trotz dem Widerstand aller anderen Parteien deutlich angenommen wurde.

Welches ist dein Lieblingsgericht und mit welcher Person würdest du es am liebsten teilen?
Ich esse sehr gerne „Berner Platte“. Am liebsten zusammen mit guten Freunden.

Welche Tipps kannst du Jungen mit auf den Weg geben, die sich selber in der Politik engagieren möchten?
Bleibt Euch treu und politisch geradlinig und standhaft!

Sandra **Sollberger**

Lieblingssprichwort
Wer den Maler nicht ehrt, ist die Farbe nicht wert.

Welches ist dein Lieblingsgericht und mit welcher Person würdest du es am liebsten teilen?
Chässchnitte. Da ich immer zu viele davon zubereite, reichen die Chäschnitten nicht nur für meine Familie, sondern auch für eine erlesene Auswahl der SVP Nationalratsfraktion.

Was sind deine Grundsätze, sowohl privat wie auch politisch?
Authentisch ist nur, wer in der Politik und im Privatleben ein und dieselbe Person ist.

Welche Tipps kannst du Jungen mit auf den Weg geben, die sich selber in der Politik engagieren möchten?
Seid Euch bewusst: Man kann es nicht allen recht machen. Aber sich selber muss man jeden Abend im Spiegel ansehen können.

Zur Person Sandra Sollberger

- **Zivilstand:** glücklich verheiratet mit Simeon
- **Kinder:** Florence 1997 und Fabrice 2000
- **Beruf:** Geschäftsführerin Sollberger Maler AG
- **Mandate:** Nationalrätin von Bubendorf (BL)

Wie fandest du dich bisher in der SVP-Fraktion zurecht, was hat dich überrascht und was war neu für dich?
In der Fraktion fühle ich mich sehr wohl. Es haben sich rasch Freundschaften ergeben. Ich war erfreut wie „normal“ die bekannten und berühmten SVP-Exponenten mit uns Frischlingen umgegangen sind.

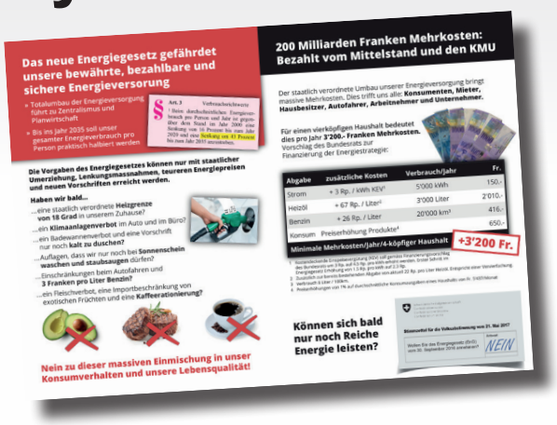
Ist es für dich manchmal schwierig, Politik und Beruf unter einen Hut zu bringen?
Ja, definitiv. Familie-Betrieb-Politik, das braucht einen gigantischen Hut! Inzwischen hat es sich mehr oder weniger gesund eingependelt. Es passt nur dank der grossen Unterstützung meiner Familie. Aber vor allem die Medienarbeit entwickelt sich im Alltag zu einem Zeitfresser. Das stellt mich immer wieder vor grosse Herausforderungen.

Welchen Rat würdest du jungen Menschen und jungen Frauen im speziellen mit auf den Weg geben?
Junge Frauen benötigen den gleichen Rat wie junge Männer! Ziele sind da um erreicht zu werden. Ob das Ziel Hausfrau/Hausmann oder Karrierefrau/Karrieremann heisst, ist dabei absolut irrelevant.

Wo besteht deiner Meinung nach in der Schweizer Politik aktuell der grösste Handlungsbedarf?
Den Mut Entscheidungen zu fällen vermisse ich in der Politik am meisten. Jeder hat Ideen und Vorschläge. Aber „Packen wir`s an“ getrauen sich nur wenige zu tun.

Auch ich setze mich für eine bewährte, bezahlbare und sichere Energieversorgung der Schweiz ein.

Flyer



☐ Ich bestelle _____ Flyer für Strassenaktionen oder zum Verteilen an Anlässen oder in Briefkästen.

☐ Ich lasse den Flyer direkt über das Online-Versandtool **www.flyer-ueberall.ch/energiegesetz-nein** per Post in den von mir ausgewählten Gemeinden verteilen.

Plakate

Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für Plakate für die Kampagne zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

_____ Stk. Papier-Plakate A2 (42,0 x 59,4 cm)

_____ Stk. Papier-Plakate F4 Weltformat (89,5 x 128 cm)

_____ Stk. Allwetter-Plakate F4 Weltformat (89,5 x 128 cm)

_____ Stk. Allwetter-Plakate B1 (70 x 100 cm)

Adresse:

Name/Vorname

.....

Strasse

.....

PLZ/Ort

.....

Telefon

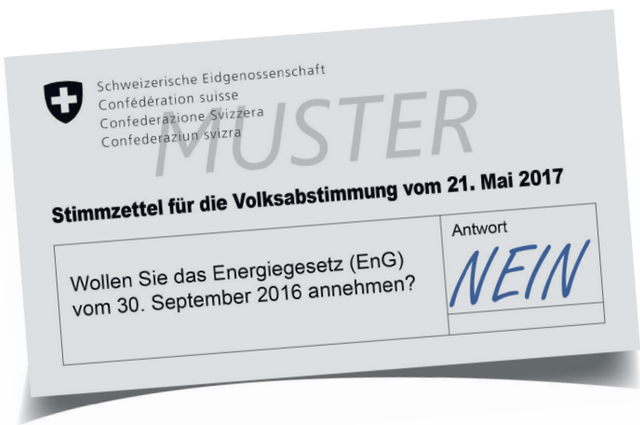
.....

E-Mail

.....

Datum/Unterschrift

.....



Talon ausschneiden, fotografieren oder scannen und einsenden an:

Schweizerische Volkspartei SVP
Generalsekretariat
Postfach
3001 Bern

gs@svp.ch / 031 300 58 58

www.energiegesetz-nein.ch